



Freitag, 30. April 1976

Blatt 866

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag und Gemeinderat
Pressekonferenz "Donau-Jury" (Forts.)
Sendung des Wiener Bürgermeisters

Lokal:
(orange)

Junge Schauspieler spielen für Senioren
Verkehrsmaßnahmen

Kultur:
(gelb)

Ernst Jandl, Hilde Spiel und Karl Heinz Füssl
Preisträger der Stadt Wien 1976

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

pressekonferenz 'donau-jury' (forts):

entscheidung ueber mittelteil der neuen donau noch offen

wien, 30.4. 2(rk) prof. jakob m a u r e r stellte in der pressekonferenz fest, dass die jury zwei aufgaben zu bewaeltigen hatte und habe:

1. grundsaeztliche empfehlungen zu stadtentwicklungsfragen im gesamten, rund 60 quadratkilometer grossen donaubereich abzugeben und

2. in die konkrete ausfuehrungsplanung einzugreifen.

im suedteil der neuen donau und der donauinsel werden die empfehlungen der jury bereits in die wirklichkeit umgesetzt. offen ist nach wie vor die entscheidung ueber die fuehrung der neuen donau im mittelteil. diese entscheidung werde im rahmen der jury entweder noch waehrend der beratungen in dieser woche, spaetestens aber bis jahresende getroffen werden. ueber die schaffung einer seeartigen erweiterung der neuen donau oberhalb der reichsbruecke bestehe innerhalb der jury einigkeit.

maurer sprach sich neuerlich eindeutig fuer die verlaengerung der traisengasse als standort fuer die fuenfte donaubruecke aus. die bruecke soll so konstruiert werden, dass bei der spaeteren fortsetzung des strassenzuges im 20. bezirk ein moeglichst fruehes "tauchen" in die tunnellage moeglich wird.

uebereinstimmend wurde von den mitgliedern der jury festgestellt, dass es unter den fuenf planungsteams keinen "sieger" geben werde, sondern dass die arbeit aller teams wertvolle vorschlaege enthalte, die verwirklicht werden sollen.

stadtrat ing. fritz h o f m a n n erklaerte, dass er angeregt habe, fuer die spaetere nutzung der insel eine gesellschaft zu gruenden, um die einheitlichkeit der planung bei der detailgestaltung der donauinsel zu wahren. ueber die konkrete organisationsform muessten noch ueberlegungen angestellt werden. (ger) (schluss)

++++

L o k a l :

=====

junge schauspieler spielen fuer senioren

2 wien, 30.4. (rk) das pensionistenheim ''penzing'' in der dreyhausenstrasse 29 ist der ausgangspunkt fuer eine neue aktion, die das reinhardt-seminar gemeinsam mit der stadtverwaltung in den naechsten wochen in einer reihe von pensionistenheimen durchfuehren wird. unter dem motto ''junge schauspieler spielen fuer senioren'' werden schueler des letzten lehrganges mit einer produktion aus dem reinhardt-seminar unter der kuenstlerischen leitung von frau prof. susi n i c o l e t t i insgesamt fuenf wiener pensionistenheime besuchen. in einer einstuendigen auffuehrung wird den heimbewohnern dabei unter dem titel ''rund um die zwanzigerjahre'' ein buntes programm geboten werden. die jungen schauspieler, die sich dafuer kostenlos zur verfuegung gestellt haben, werden in originalkostuemen chansons und schlager, aber auch autoren der damaligen zeit, wie zum beispiel tucholsky, brecht, ringelnatz, kaestner und wedekind, zum vortrag bringen. die mit den auffuehrungen verbundenen kosten traegt die stadt wien.

initiatorin dieser aktion ist mina a l t h , dramaturgin am burgtheater. sinn und zweck dieser aktion ist ihrer meinung nach vor allem die begegnung von jugend und aelteren menschen. darueber hinaus geht es aber auch darum, die aelteren buerger in das theaterleben miteinzubeziehen, gewissermassen eine bruecke zu schlagen, auf der man zu den aelteren menschen kommt und auf der in umgekehrter richtung aeltere menschen ins theater finden. (zi)

0905

L o k a l :

=====

verkehrsmaßnahmen:

sperre der kreuzung universitaetsstrasse - reichsratsstrasse

3 wien, 30.4. (rk) wegen der u-bahn-bauarbeiten im bereich der universitaetsstrasse muss ab montag, den 3. mai, 20 uhr, das kreuzungsplateau universitaetsstrasse - reichsratsstrasse bis maerz 1977 fuer den verkehr gesperrt werden. der aus der hoerlgasse kommende verkehr wird auf folgender route umgeleitet: hoerlgasse - an der votivkirche vorbei ueber eine ersatzfahrbahn zum rooseveltplatz - ueberquerung der universitaetsstrasse - ebendorferstrasse - Liebiggasse - reichsratsstrasse.

die gesamte umleitungsrouten wird einbahn sein, die ersatzfahrbahn bei der votivkirche wird auf drei spuren verbreitert. die fahrbahn vor der votivkirche in der verlaengerung der hoerlgasse wird von vier auf drei spuren reduziert, da eine spur in der gegenrichtung fuer den baustellenverkehr freigehalten werden muss. die kreuzungsbereiche rooseveltplatz sowie ebendorferstrasse - universitaetsstrasse werden durch koordinierte provisorische verkehrslightsignalanlagen geregelt. die zufahrt zur tiefgarage bei der votivkirche bleibt selbstverstaendlich gewaehrleistet.

im zusammenhang mit dieser regelung tritt am montag, dem 3. mai, an der kreuzung frankgasse - garnisongasse ein linksabbiegeverbot (in richtung landesgerichtsstrasse) in kraft, da aufgrund der geaenderten verkehrsfuehrung ein linksabbiegen in diesem bereich eine lahmlegung des strassenbahnverkehrs zur folge haette. autofahrer, die aus der hoerlgasse kommend in die landesgerichtsstrasse wollen, muessen daher die umleitung ueber die ebendorferstrasse benuetzen. wer in die alser strasse will, faehrt ueber frankgasse und garelligasse.

bis zum maerz 1977 werden im bereich der universitaetsstrasse zwischen ebendorfer strasse und schottentor nicht nur die u-bahn-deckenherstellungsarbeiten, sondern auch die notwendigen umlegungen der einbauten sowie der strassenbahngleise abgeschlossen sein.

./.

sperre der linzer strasse

wegen gleisbauarbeiten muss die linzer strasse im 14. bezirk zwischen der bahnhofstrasse und huettelbergstrasse - bergmillergasse ab montag, den 3. mai, in beiden fahrtrichtungen gesperrt werden. der verkehr wird ueber bahnhofstrasse - keisslergasse - bergmillergasse (beziehungsweise umgekehrt) umgeleitet. die verkehrlichtsignalanlage an der kreuzung linzer strasse - bergmillergasse - huettelbergstrasse wird am montag, dem 3. mai, zwischen 8 und 14 uhr wegen notwendiger umbauarbeiten ausser betrieb sein. in weiterer folge wird nach massgabe des baufortschrittes fuer den stadtauswaerts fahrenden verkehr eine zusaetzliche umleitung von der bergmillergasse ueber die huettelbergstrasse und wolfsberggasse zur linzer strasse in kraft treten. fuer den stadteinwaerts fahrenden verkehr wird die linzer strasse bis zur bergmillergasse befahrbar bleiben. die gleisbauarbeiten in der linzer strasse werden bis august dauern.

neue verkehrsampel im 21. bezirk

am donnerstag, dem 6. mai, wird an der kreuzung leopoldauer strasse - angerer strasse - patrizigasse im 21. bezirk eine automatische verkehrlichtsignalanlage in betrieb genommen.

arbeiten in der fasangartengasse

in der fasangartengasse zwischen der stranzenberggasse und der wuerzburggasse im 13. bezirk werden ab dienstag, den 4. mai, belagsarbeiten durchgefuehrt. die arbeiten werden vier wochen in anspruch nehmen. mit behinderungen und oertlichen umleitungen ist zu rechnen. (ger)

k u l t u r :

=====

ernst jandl, hilde spiel und karl heinz fuessl preistraeger
der stadt wien 1976

4 wien, 30.4. (rk) prof. dr. ernst j a n d l in der sparte literatur, prof. dr. hilde s p i e l im bereich publizistik und karl heinz f u e s s l in der sparte musik zaehlen zu den preis- traegern der stadt wien fuer kunst, wissenschaft und volksbildung 1976. die seit 1947 verliehenen, mit je 40.000 schilling dotierten preise werden in diesem jahr ausserdem an den akademischen maler rudolf s c h o e n w a l d (malerei und graphik), an bruno g i r o n c o l i (bildhauerei), erich l e s s i n g (angewandte kunst), architekt johann georg g s t e u (architektur), univ.- prof. dr. rene w a g n e r - r i e g e r (geisteswissen- schaften), univ.-prof. dr. leopold s c h m e t t e r e r (natur- wissenschaften) und gemeinderat hofrat prof. markus b i t t n e r (volksbildung) vergeben.

die preise der stadt wien werden als anerkennung und wuerdigung fuer ein lebenswerk, das die bedeutung wiens und oesterreichs als pflegestaetten der kunst, wissenschaft und volksbildung hervorhebt, verliehen. sie werden vom buergermeister der stadt wien aufgrund der vorschlaege von preisrichterkollegien - namhafte fachleute unter dem vorsitz des amtsfuehrenden stadtrates fuer kultur, jugend und bildung - zuerkannt. die preise werden nur an einzelpersonen ver- geben, ihre erlangung ist jedoch nicht an die oesterreichische staatsbuergerschaft gebunden. (hs)

0947

Wiener Landtag
=====

Wien, 30.4. (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Maria Hlawka trat der Wiener Landtag Freitag zu einer Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt ist die Novelle zur Bauordnung für Wien.

Bauordnungsnovelle

Die Bauordnungsnovelle ändert das Baurecht grundlegend, erklärte als Berichterstatter Stadtrat Kurt Heller (SPÖ). Mit der Novelle wird dieses Rechtsgebiet der modernen, technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt. Es wurde versucht, das Bauen, soweit es vertretbar erscheint, vom öffentlichen Zwang zu befreien. Die Novelle garantiert, daß bei der Durchführung den Grundsätzen der Einfachheit, Raschheit und Zweckmäßigkeit der Verfahren entsprochen wird.

Die wesentlichen politischen Zielsetzungen der vorliegenden Novelle waren:

Die vom Gemeinderat zu beschließenden Planungsmaßnahmen sollen verstärkt publiziert werden und die gesetzlichen Bestimmungen sollten klarer gefaßt werden.

Die örtlich zuständigen Bezirksvertretungen sollen mehr Agenden aus dem Baurecht erhalten.

Die Grundstücksordnung ist neu zu regeln und die Enteignungssachbestände sind zu modifizieren.

Alle modernen Bauformen und Bauarten und alle modernen Baustoffe sind erlaubt, soweit sie die Qualität der Bauwerke, insbesondere aber die Qualität der Wohnungen verbessern.

Stadtrat Heller erläuterte im Anschluß einige Schwerpunkte der Novelle. Die örtlich zuständigen Bezirksvertretungen können in Zukunft unwesentliche Abänderungen und Ergänzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne beschließen und Ausnahmen im Baubewilligungsverfahren übertragen. Dies ist sicherlich eine weitere Demokratisierung. Diesem Grundsatz entspricht auch die Bestimmung, daß nun jeder Bürger der Stadt das Recht zur Stellungnahme zu den vom Magistrat ausgearbeiteten Entwürfen besitzt. Die Kammern bekommen ein formales Recht zur Stellungnahme. Der Fachbeirat für Stadtplanung wird erweitert, um auf möglichst vielen Wissensgebieten Fachgutachten zu erhalten.

Damit Aufschließungsleistungen den größtmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen erbringen, können in Hinkunft Grundflächen für bestimmte Nutzungen im Industriegebiet und in den Gebieten für Lagerplätze und Ländeflächen reserviert werden. Die Novelle enthält auch den neuen Widmungsbegriff Einkaufszentrum. Damit soll aus rein baulicher Sicht die Errichtung von Einkaufszentren besser in das örtliche Stadtgefüge und die örtliche Stadtstruktur eingefügt werden. Allerdings wären für eine endgültige Lösung auch neue gewerberechtliche Normen erforderlich. In Hinkunft können Strukturgebiete und Struktureinheiten geschaffen werden. Diese müssen in einem Zug verbaut werden. Es hat also kein Bauwerber mehr die Möglichkeit, die für ihn wirtschaftlich rentablen Projekte herauszusuchen und auf weniger rentable Projekte, wie etwa Geschäftsläden, zu verzichten.

Die neue Bauordnung trägt durch Bestimmungen über den Lichteinfall, die Größe der Wohnungen und die Ausstattung der Außen- und Innenwände und Decken wesentlich zur Erhöhung der Wohnqualität bei.

Der Lichteinfallswinkel muß in Zukunft in der aufgelockerten Verbauung mindestens 30 Grad anstatt der bisherigen 45 Grad betragen. Während eine Einzelraumwohnung bisher mindestens 18 Quadratmeter und die übrigen Wohnungen mindestens 35 Quadratmeter groß sein mußten, wird nunmehr für den Einzelraum eine Fläche von 30 Quadratmeter und für die übrigen Wohnungen eine Mindestfläche von 50 Quadratmeter gefordert. Darüberhinaus werden die Bestimmungen über den Wärme- und Schallschutz verschärft. Erstmals werden Kleinkinderspielplätze beziehungsweise Spielplätze für Kinder vorgeschrieben. Der Kleinkinderspielplatz muß so angelegt sein, daß er sich in Sicht- und Rufweite des Wohnhauses befindet. Der Spielplatz für die übrigen Kinder kann weiter entfernt sein, er muß jedoch mindestens 500 Quadratmeter groß sein. In jedem Gebäude mit mehr als vier Hauptgeschoßen ist ein Personenaufzug einzurichten.

Für Hochhäuser sind eigene Brandschutzbestimmungen vorgesehen. Jedes Haus muß in Brandabschnitte mit einer Grundfläche von 500 Quadratmeter unterteilt werden. Jeder Brandabschnitt muß über ein eigenes durchgehendes feuersicheres Stiegenhaus verfügen. Für den Gefahrenfall ist ein Notstromaggregat vorzusehen.

Stadtrat Heller dankte abschließend allen am Zustandekommen der vorliegenden Bauordnungsnovelle Beteiligten für die jahrelangen intensiven Beratungen. (Sei) (Forts.)

Bauordnungsdebatte

Als erster Redner der Generaldebatte bezeichnete es Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) als erfreulich, daß der Bauordnungsnovelle, von der seit 17 Jahren gesprochen wurde, endlich zum Durchbruch verholfen werden konnte. Dies durch Bildung einer gemischten Arbeitsgruppe aus Fachleuten und Gemeinderäten aller Fraktionen.

Wichtige Neuerungen sind die Bestimmungen über die umfassende Information der Bevölkerung über Planänderungen aller Art, über Stellungsrechte nicht nur der Eigentümer. Erstmals werde das Kind dem Auto gleichgestellt: in Gebäuden mit mehr als 16 Wohnungen müsse ein Kleinkinderspielplatz vorgesehen werden, bei mehr als 50 Wohnungen ist ein Kinderspielplatz vorgeschrieben. Aufzüge, die bisher nur in Hochhäusern vorgeschrieben waren, müssen nach der neuen Bauordnung nun bereits bei vier Geschossen gebaut werden. Die Dicke der Außenmauern, die bisher einer Vollziegelwand von 38 Zentimeter entsprechen mußten, wurde auf 51 Zentimeter erhöht. Als Nachwirkung der Energiekrise sei die Bestimmung anzusehen, daß mindestens ein Raum einer Wohnung einen Notkamin aufweisen muß.

Zu begrüßen sei, daß für Hochhäuser - Bauten über 26 Meter Höhe - ein ganzer Katalog von Sicherheitsbestimmungen vorgesehen wurde, darunter Notstromaggregate, eigene Steigeitungen für Löschwasser und das Verbot, Gas als Energieträger zu verwenden.

Allerdings weise die neue Bauordnung auch einige Schönheitsfehler auf, wozu die Entschädigungsgrundsätze bei Enteignungen gehören. Bemessen wird nach dem Verkehrswert, obwohl sich der Betroffene unter diesen Umständen kein wirklich gleichwertiges Grundstück schaffen können wird - gerechter wäre eine Bemessung nach dem Wiederbeschaffungswert.

Nach Salzburg enthält nun auch die neue Wiener Bauordnung Bestimmungen über die Errichtung von Einkaufszentren. Diese Bestimmungen werden aber nur dann zum gewünschten Erfolg führen, wenn benachbarte Bundesländer gemeinsam vorgehen - wenn also auch Niederösterreich mit entsprechenden Einschränkungen vorzugehen gewillt ist.

Abg. Dr. Hirnschall schloß mit der Feststellung, seine Fraktion werde der Bauordnungsnovelle zustimmen. (we)

Abg. Dr. Krasser (ÖVP) gab einleitend einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der neuen Bauordnung. Die Notwendigkeit einer umfassenden Novellierung habe sich aufgrund der veränderten technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sowie wegen der erhöhten Ansprüche an die Lebensqualität ergeben. Seit 1960 sei an der Novelle gearbeitet worden. Von 1965 bis 1971 habe eine Beamtenkommission wertvolle Arbeit geleistet. Diese Arbeit wurde aber durch verschiedene Auffassungen und personelle Veränderungen immer wieder verzögert. Dr. Krasser erklärte, daß er schließlich vorgeschlagen habe, die Arbeit einem Dreierkomitee zu übertragen und tatsächlich konnte innerhalb eines Jahres (1973) ein Entwurf vorgelegt werden. Die Auflösung des Gemeinderates habe eine neuerliche Verzögerung bedeutet. Obwohl die heute beschlossene Bauordnungsnovelle nur in wenigen grundsätzlichen Bereichen von dem Entwurf des Jahres 1973 abweiche, seien seither drei Jahre vergangen. Diese Verzögerung sei auf die geänderte Geschäftseinteilung des Magistrats mit ihren "Mammutgeschäftsgruppen" zurückzuführen, welche die einzelnen Stadträte überfordere. Schon Ende 1973 hätte die Bauordnungsnovelle verabschiedet werden können.

Dr. Krasser begrüßte namentlich die Aufwertung der Bezirksvertretungen durch die neue Bauordnung, sowie die Bestimmung, daß jedermann zu Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes Stellung nehmen könne. Die Bestimmung über die Einkaufszentren sei ein Beitrag zur Lösung des Problems der Nahversorgung und der Rettung des Kleingewerbes. Ein voller Schutz der kleinen Gewerbetreibenden sei allerdings nur durch bundesgesetzliche Regelungen im Rahmen des Gewerberechtes möglich. Dr. Krasser begrüßte ferner das in den Enteignungsbestimmungen festgehaltene Entschädigungsprinzip und das Prinzip, den Umfang der Enteignungen so gering wie möglich zu halten.

Durch das neu formulierte Umwidmungsverbot von Wohn- auf Geschäftsraum im Bereich der Innenstadt werde der Wohnungsspekulation ein Riegel vorgeschoben. Auch die Möglichkeit des Ausbaus von Dachböden sei verbessert worden. Diese Bestimmungen müßten allerdings durch eine finanzielle Förderung ergänzt werden. Ein entsprechender Antrag der ÖVP liege vor.

Positiv hob Dr. Krasser auch die modifizierte Gehsteigerstellungspflichtung hervor, welche es erlaube, bei geringfügigen

An- und Zubauten von dieser Verpflichtung abzusehen, wenn die Kosten unverhältnismäßig hoch seien. (ger)

Viel mehr als andere Gesetze gräbt die Bauordnung tief in das Leben der Menschen ein, erklärte Abg. Ing. Nedwed (SPÖ). Seit Beginn der vor 17 Jahren eingeleiteten Beratungen sind stürmische technische Entwicklungen im Bauwesen, in der Baumaschinenteknik und in der Kunststoffindustrie vor sich gegangen. Gleichzeitig haben Planungsfragen und Umweltschutzprobleme immer mehr Bedeutung erlangt. Alle diese Dingen finden in der Neufassung ihren entsprechenden Ausdruck. Im zuletzt mit der neuen Bauordnung beschäftigten Verhandlungsausschuß konnte dann relativ rasch ein Konsens erreicht werden, und zwar durch die zügige Verhandlungsführung und die Bereitschaft der Parteivertreter, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Es konnte eine Anpassung an die gesellschaftlichen und technischen Veränderungen erzielt werden.

Der Redner würdigte ausführlich die geschaffenen Möglichkeiten für die Bevölkerung am Planungsprozeß mitzuwirken. Damit wird ein Teil des Arbeitsprogramms der Wiener Sozialisten verwirklicht. Die Mitwirkung am Stadtgestaltungsprozeß setzt ein hohes Maß an Information voraus. Dazu wird es nötig sein, die Fachterminologie - die zwar dem Fachmann geläufig ist - in eine allgemein verständliche Sprache zu übersetzen. Es wäre gut, eine Art Fibel für jene herauszubringen, die an der Mitwirkung interessiert sind. Wichtiges Medium für die Information der Bevölkerung wären zweifellos die Tagespresse und Bezirkszeitungen. Für besonders exponierte Gebiete wird man jedoch auch Ausstellungen einrichten, wie es bereits geschehen ist. Auch Flugblätter über Detailfragen und spezielle Informationsversammlungen seien denkbar. In die erweiterte Mitsprache sind auch die Kammern durch die Möglichkeit von Stellungnahmen einbezogen, so daß die Einflußnahme auf den Planungsprozeß als umfassend angesehen werden kann. Die Entscheidung wird aber trotz allem bei den gewählten Organen bleiben.

Der Redner begrüßt im einzelnen die nunmehr genaueren Definitionen für Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, besonders die neue Form der Gartensiedlung. In Verkehrsfragen wird die Widmung von Verkehrsbändern von großer Bedeutung sein. Besonders hervorzuheben ist auch

die Festlegung von Strukturgebieten, da man damit ein nur profitorientiertes Bauen verhindern können wird. Das neue Gesetz wird in der Zeit des Vorrangs für die Stadterneuerung ein wertvolles Instrument der Stadtentwicklungsplanung sein, sagte Abg. Nedwed abschließend. (smo)

Abg. Dr. Mayr (ÖVP) befaßte sich als erster Redner der Spezialdebatte mit einigen konkreten Überlegungen für die Praxis. Mayr begrüßte die stärkere Demokratisierung. Da nun die Bezirksvertretungen mehr Rechte haben, regte er an, die Bezirksräte rechtzeitig zu informieren. Er meinte, daß die Bezirksvertretungen in Zukunft häufiger zusammentreten müßten. Es wäre sinnvoll, für den nun erweiterten Fachbeirat für Stadtplanung ein eigenes Büro einzurichten, das die Beschlüsse dieses Gremiums vorbereitet.

Mit der neuen Widmung Gartensiedlungsgebiet wird, so Mayr, den geänderten Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen. Es wäre zu prüfen, ob nicht neue Gartensiedlungsgebiete geschaffen werden könnten. Ziel wäre es das "Haus im Grünen" nicht nur außerhalb Wiens, sondern auch in Wien vor allem auch für die jüngere Bevölkerung möglich zu machen.

Die Widmung "gemischtes Baugebiet" kann als gutes Beispiel für die Wandlung in der Stadtplanung in den letzten Jahren bezeichnet werden. Noch 1970 wurde diskutiert ob man diese Widmung aufgeben sollte. Damals stand man noch unter dem Einfluß der "Charta von Athen". Heute ist die Zeit der möglichst überall durchzuführenden Trennung der verschiedenen städtischen Funktionen wieder vorbei.

Das ungeordnete Wachstum der Einkaufszentren ist sicherlich ein regional-politisches Problem. Mayr forderte, daß Niederösterreich möglichst rasch den Entwurf zum niederösterreichischen Raumordnungsgesetz beschließt und es damit in Niederösterreich zu einer ähnlichen Regelung wie in Wien kommt. Abschließend forderte Mayr für den Ausbau von Dachböden zu Wohnzwecken im Bereich der City gezielte Aktionen wie Zinsenzuschußkreditaktionen. (sei)

Abg. Ludwig (SPÖ) begrüßte es, daß die Bestimmungen der Bauordnungsnovelle klarer gefaßt wurden und nunmehr auch Laien besser verständlich sind. Da das Baubewilligungsverfahren vereinfacht wurde, wird in Zukunft auch die Verwaltung entlastet.

Als Fortschritt im Sinne des Umweltschutzes sei es zu verzeichnen, daß die Verwendung von Containern vorgeschrieben werden könne. Allerdings sei nichts gewonnen, wenn die Container derart angefüllt werden, daß der Wind beim Abtransport Staub und Sand herabweht.

Die Schaffung der Widmung Gartensiedlungsgebiet habe einer Entwicklung Rechnung getragen, die neue Wohn- und Siedlungsformen nach Kriegsende geschaffen hat. Nun sei es möglich, bereits bestehende Siedlungsgebiete auch rechtlich zu sichern und nachträglich zu sanktionieren.

Hinsichtlich der Enteignung seien die Grundsätze erstmals zusammengefaßt worden. Als oberste Maxime gelte: Enteignung nur gegen Entschädigung und nur dann, wenn der Betroffene ablehnt oder ein übermäßiges Entgelt fordert. Jedenfalls wurde ein geeignetes Instrumentarium geschaffen, um die berechtigten Interessen der Allgemeinheit gegenüber Privatinteressen mit Erfolg und ohne unnötigen Zeitverlust durchsetzen zu können. (we)

Abg. Hanke (SPÖ) behandelte in seinem Debattenbeitrag die Bestimmungen über die zwingend vorgeschriebene Errichtung von Kinderspielplätzen bei Wohnhausanlagen. Bei jeder Planung müsse auch auf die Bedürfnisse der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, nämlich der Kinder, Rücksicht genommen werden. Hanke regte an, daß bei der Gestaltung der Spielplätze verstärkt auf pädagogische Gesichtspunkte Rücksicht genommen werden soll.

Nur wenige europäische Städte haben den Bau von Spielplätzen in ähnlicher Form geregelt, wie dies in Wien mit der Bauordnungsnovelle nunmehr geschehen sei. Zusätzlich wäre eine verstärkte Privatinitiative wünschenswert, die zum Beispiel bei der Gestaltung von ungenutzten Innenhöfen zum Tragen kommen könnte.

Abschließend erinnerte Hanke an die Initiative von Bürgermeister Gratz zur Schaffung sogenannter "Spielstraßen", die natürlich nicht nur für Kinder, sondern für alle Generationen bestimmt seien. (ger)

Abg. Brosch (SPÖ) beschäftigte sich mit den Problemen der Einkaufsviertel und deren Einstufung in der Bauordnung. Er kritisierte, daß die Höchstgrenze für ein Einzelhandelsgeschäft mit 2.500 Quadratmeter festgelegt wurde. Eine geringe Geschäftsvergrößerung wird eine Widmungsänderung erforderlich machen. Es wäre besser gewesen, eine größere Fläche als bewilligungsfrei festzulegen. Zu begrüßen sind zahlreiche Umweltschutzbestimmungen, wie die Möglichkeit, in dichtverbautem Gebiet kleine Parks zu errichten oder ein Verbot für die Ansiedlung umweltfeindlicher Betriebe auszusprechen. Überhaupt hat ein besserer Wohnkomfort in der neuen Bauordnung den Durchbruch erzielt, das kommt in den Bestimmungen für besseren Wärme- und Schallschutz, in der Vergrößerung der echten Wohnräume, des besseren Lichteinfalls und auch in der Möglichkeit des Dachgeschoßausbaues zum Ausdruck. Insgesamt leitet die Novelle eine städtische Entwicklung ein, die es ermöglichen wird, zur Lebensqualität in Ballungsräumen Ja zu sagen. (smo)

Schlußwort

Die neue Bauordnung wird nicht zwingend zu Baukostensteigerungen führen, erklärte Stadtrat Heller in seinem Schlußwort. Die neuen Bestimmungen sind ja vielfach eine Anpassung an die Praxis. Bauherrn, die zeitgemäß bauen wollten, haben sich schon bisher nicht nur an die geltenden Mindestbestimmungen gehalten.

Bei Entschädigungen soll der Wert sicherlich nur einmal ausbezahlt werden. In der Praxis wird jedoch auf den Nutzungsberechtigten bei einer Absiedlung größte Rücksicht genommen werden, und dieser Personenkreis wird sicherlich einen Teil der Entschädigungssumme bekommen.

Für Einkaufszentren forderte Heller für das Umland von Wien gleiche Lösungen wie in Wien. Er ersuchte den niederösterreichischen Landtag, den niederösterreichischen Raumordnungsentwurf so rasch wie möglich zu beschließen. Bestehende Handelsbetriebe, die die 2.500 Quadratmetergrenze überschreiten, sollen in Zukunft, wenn sie bauliche Veränderungen durchführen, keine Schwierigkeiten bekommen.

Nach der alten Bauordnung durften in den Fachbeirat für Stadtplanung nur Fachleute entsandt werden, die in keinem wirtschaftlichen

Nahverhältnis zur Stadt Wien stehen. Allerdings, so Heller, stand diese Regelung nur auf dem Papier. Einerseits schickt man natürlich nur die besten Leute in den Fachbeirat, andererseits kann die Stadt Wien gerade auf die Mitarbeit dieser besten Leute für verschiedene Projekte nicht verzichten. Daher hat man diese Bestimmung in die neue Bauordnung nicht mehr aufgenommen. Die neue Bauordnung wird mit der Kundmachung etwa Anfang Juli dieses Jahres wirksam. Stadtrat Heller dankte abschließend noch einmal allen Parteien für die einvernehmliche Lösung.

Abstimmung: Die Novelle zur Bauordnung für Wien wurde in erster **und** zweiter Lesung einstimmig angenommen. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes.)

Wiener Gemeinderat

=====

Bauring

Wien, 30.4. (RK) Die anschließende Sitzung des Gemeinderats wurde von Bürgermeister Leopold Gratz mit der Bekanntgabe eröffnet, daß von der FPÖ sechs Anfragen und ein Antrag, betreffend die verstärkte Information der Bevölkerung über Änderungen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, vorliegen; der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Zu einem Dringlichen Antrag der ÖVP betreffend die Einleitung nötiger Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit der Bauring Wien Ges.mBH. sowie einen Antrag der FPÖ, betreffend die Ablehnung weiterer Subventionen für den Bauring, teilte Bürgermeister Gratz mit, daß die Abstimmung darüber vor Schluß der Sitzung verhandelt werde.

Neuer Gemeinderat

Danach wurde an Stelle von GR. Leopold Kranz (SPÖ), der sein Mandat zurückgelegt hat, als neuer Mandatar GR. Kurt Landsmann für den 21. Bezirk angelobt.

Als neue Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wurden Nationalratsabgeordneter Kurt Mühlbacher und Hubert Feilnreiter - an Stelle von Nationalratsabgeordneten Porges und Bezirksvorsteher Hradil - gewählt.

Modeausstellung

Als erster Punkt der Tagesordnung beantragte GR. Franziska Fohler (SPÖ) dem Verein der Freunde der Hermesvilla zur Durchführung der Ausstellung "200 Jahre Mode in Wien" eine Subvention bis zu einer Höhe von 900.000 S in Form einer Ausfallshaftung zu bewilligen. GR. Hoffmann (ÖVP) erklärte sich mit der Gewährung der Subvention grundsätzlich einverstanden, sprach sich jedoch für eine andere Bedeckung - nicht aus den Mitteln des Kulturschillings - aus. GR. Franziska Fohler (SPÖ) replizierte, daß die Mittel des Kulturschillings insbesondere zur Altstadterhaltung vorgesehen seien, jedoch auch zu anderen Zwecken herangezogen werden können.

Abstimmung: Angenommen von SPÖ und FPÖ. (we.)

./.

Förderung der Akademie der Wissenschaften

GR. Prochaska (ÖVP) referierte den Antrag, der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Institut für Hochenergiephysik, zur Fortsetzung der "Gastprofessur Erwin Schrödinger" im Jahr 1976 einen Betrag in der Höhe von 50.000 S zur Verfügung zu stellen.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) kritisierte, daß die Stadt Wien die Österreichische Akademie der Wissenschaften nur mit einigen hunderttausend Schilling pro Jahr fördere, während die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft Subventionen in Millionenhöhe erhalte.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner erklärte, daß die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft in dreißig Instituten wertvollste wissenschaftliche Arbeit leiste. Die Stadt Wien stelle für die Förderung der Wissenschaften mehr Mittel zur Verfügung als andere Bundesländer. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften sei im übrigen mit der Höhe der gewährten Subventionen stets vollauf zufrieden gewesen.

Abstimmung: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Erhaltung von Verkehrsbauwerken

GR. Czettel (SPÖ) referierte den Antrag, den Verkehrsbetrieben für den Betrieb und für die Wartung mehrerer Verkehrsbauwerke im Jahr 1976 einen Betrag von 19 Millionen S zur Verfügung zu stellen.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) bezeichnete es als Schildbürgerstreich, den Stadtwerken Verkehrsbauwerke im Wert von 640 Millionen S zu schenken und dann auch noch die Betriebs- und Wartungskosten zu übernehmen.

Berichterstatter GR. Czettel (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß die Stadt Wien wichtige Verkehrsbauwerke errichte. Die Übernahme der Betriebs- und Wartungskosten sei kein Schildbürgerstreich, sondern eine logische Folge und liege im Interesse einer geordneten Abwicklung des Verkehrs.

Abstimmung: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (ger)

Subventionen

GR. Hirnschall (FPÖ) wandte sich gegen zwei Subventionsan-suchen, und zwar das des Vereines "Wien International" in der Höhe von 1,5 Millionen und das des Vereines "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Verwaltung" in der Höhe von 500.000 S. Hirnschall hält die 1,5 Millionen für "Wien International" für überhöht, zumal diesem Verein vor kurzem 900.000 für Einrichtungs-zwecke bewilligt wurden. Im zweiten Fall bemängelte er die Unvoll-ständigkeit der Unterlagen. Diesen sei nicht zu entnehmen, welche Personen Träger und Mitarbeiter des Vereines sind. Nicht einmal eine Adresse des Vereines ist angegeben. Stadtrat Mayr (SPÖ) teilt als Berichterstatter mit, daß Prof. Freiler Leiter des Vereins "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Verwaltung" ist; zur Subvention für "Wien International" stellte Mayr fest, daß es besonders wichtig sei, Angestellte von Botschaften und Internationalen Organisationen in Wien zu integrieren. Vor allem Angestellte der mittleren Ebene sollen angesprochen werden.

Abstimmung: Subvention "Wien International": Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die zweite Subvention wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Zuwandererfonds

Gegen eine Haftungsübernahme als Bürge und Zahler für ein vom Zuwandererfonds aufgenommenes Darlehen von 15,4 Millionen und eines Darlehens von 1 Million wandte sich GR. Krenn (FPÖ). Mit diesem Darlehen kaufte der Zuwanderfonds 60 Eigentumswohnungen in einer Wohnhausanlage am Mortaraplatz im 2. Gemeindebezirk. Nach Krenn haben sich für diese Wohnungen seit zwei Jahren keine Käufer gefunden. Die Wohnhausanlage wurde von der Genossenschaft "Ottakring" des Herrn Martinuzzi gebaut und wird nun von der "Sozialbau" geführt. Dieser Kauf ist, so Krenn, nur eine Förderung der Genossenschaften "Ottakring" und "Sozialbau". Außerdem beträgt die Monatsmiete für eine 80 Quadratmeter große Wohnung 6.150 S. Das ist sicherlich keine Sozialmaßnahme für Zuwanderer nach Wien.

Stadtrat Mayr erklärte, daß die Wohnungsbeschaffung den Zu-wanderern erhebliche Schwierigkeiten bringt. Der Zuwandererfonds will mit den 60 Wohnungen temporäre Wohnbedürfnisse decken. Der Zuwanderer soll Zeit haben, eine eigene Wohnung zu suchen. Diesem Zweck dienen diese Wohnungen, sie sind keine endgültige Lösung. Seit 1. April dieses Jahres werden Plätze in diesen Wohnungen ver-

geben. Bereits jetzt sind 17 Wohnungen voll ausgelastet. Das gute Ergebnis zeigt, daß ein echter Bedarf für diese Aktion vorhanden ist.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (Sei)

City-Busse

Die Anschaffung von 12 City-Bussen für den innerstädtischen Verkehr beantragte GR. Kopfensteiner (SPÖ). Die Kosten von 5,56 Millionen sollen im Investitionsplan 1977 sichergestellt werden.

GR. Dr. Krasser (ÖVP) begrüßte die Anschaffung der City-Busse, durch die die Verkehrsverhältnisse in der Inneren Stadt wesentlich verbessert werden und verlangte, daß die City-Busse nach Absolvierung der einjährigen Probezeit als fixe Einrichtung übernommen werden sollen. Weiter forderte er auch die Umstellung der Autobuslinie 1 auf City-Busse und die Herstellung der Tarifeinheit mit den übrigen Verkehrsmitteln. Nach Fertigstellung der Parkgaragen in der Innenstadt sollte dann darauf Bedacht genommen werden, daß die Linienführung der City-Busse die Garagen berücksichtigt, damit Autofahrer, die ihren Wagen abgestellt haben, Anschluß finden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (We)

Dringliche Anträge über Bauring

Anschließend kam ein dringlicher Antrag der ÖVP über die Einleitung nötiger Sofortmaßnahmen durch Bürgermeister Leopold Gratz in Zusammenhang mit der Bauring Wien GesmbH. zur Verlesung: Mit dem Bauring seien in den letzten Jahren Verluste in der Höhe bis zu einer Milliarde verbunden gewesen. Trotz der prekären Situation des Unternehmens habe die Gemeinde Wien, gestützt auf die Stimmen der sozialistischen Mehrheit, schon einmal 550 Millionen in den Bauring investiert. Äußerungen von Aufsichtsratsvorsitzendem Reinhold Suttner ließen befürchten, daß der Bauring schon in wenigen Wochen eine neuerliche Kapitalinjektion benötige. Jede weitere Investition sei nach Ansicht der ÖVP jedoch nicht zu vertreten. Die Verkaufsverhandlungen sollten so rasch wie möglich zu einem Abschluß gebracht werden.

Außerdem sollte Bürgermeister Gratz der Staatsanwaltschaft sämtliche schriftliche Unterlagen, die für eine schriftliche Untersuchung über etwaige strafrechtliche Tatbestände im Zusammenhang mit dem Bauring von Bedeutung sein könnten, zur Verfügung stellen.

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden Reinhold Suttner und dessen

Stellvertreter Ing. Walter Hofstetter sei politisches Mitverschulden an den entstandenen Verlusten anzulasten. Um jeden Anschein zu verwehren, die beiden Genannten könnten in ihren wichtigen Positionen beim Bauring aktive Einflußnahme in eigener Sache betreiben, sei deren unverzügliche Abberufung aus dem Aufsichtsrat des Baurings erforderlich. Ebenso erscheine es geboten, Dr. Josef Machtl von seiner Funktion als Vorstandsdirektor der Holding abuberufen, bis geklärt sei, ob auch ihm ein Mitverschulden an den Bauring-Verlusten anzulasten sei.

Die ÖVP stellte daher den dringlichen Antrag,

- 1) die Verkaufsverhandlungen mit dem Ziel weiterzuführen, der Gemeinde Wien eine weitere Kapitalinvestition zu ersparen,
- 2) der Staatsanwaltschaft sämtliche Unterlagen, die zur Klarstellung etwaiger strafrechtlicher Tatbestände dienen könnten, zur Verfügung zu stellen,
- 3) die SPÖ-Gemeinderäte Suttner und Hofstetter aus dem Aufsichtsrat des Baurings abuberufen und
- 4) Dr. Josef Machtl von seiner Funktion als Vorstandsdirektor der Holding bis zur endgültigen Klärung der Bauring-Affäre abuberufen.

Der ÖVP-Antrag und der zu Beginn der Sitzung gestellte FPÖ-Antrag auf Ablehnung einer weiteren Bauring-Investition wurden wegen ihres engen sachlichen Zusammenhanges gemeinsam behandelt.

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) begründete die Dringlichkeit des ÖVP-Antrages damit, daß GR. Suttner in einem Zeitungsinterview den Termin Mitte Mai als Zeitpunkt für eine weitere notwendige Kapitalinjektion für den Bauring genannt habe. Der Gemeinderat, der eine solche Investition genehmigen müßte, tritt jedoch erst am 21. Mai wieder zusammen. Ferner gehe aus Publikationen der letzten Zeit hervor, daß noch weitere Unterlagen über den Bauring existieren müssen, welche der Staatsanwaltschaft bisher nicht zur Verfügung gestellt worden seien. Schließlich bestehe die Möglichkeit, daß einflußreiche Positionen im Bauring dazu ausgenützt werden könnten, um die Aufdeckung des wahren Sachverhaltes zu verschleiern.

GR. Dr. Hirnschall begründete die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages mit den Aussagen von GR. Suttner in der "Arbeiter-Zeitung", daß eine Kapitalinjektion für den Bauring bis zum 15. Mai notwendig sei. Da der Gemeinderat erst am 21. Mai wieder zusammentrete, bestehe die Gefahr, daß dieses Geld mit Hilfe der Notkompetenzen der Stadtverfassung flüssig gemacht werde. (ger)

In der Besprechung der beiden dringlichen Anträge rekapitulierte GR. Hahn (ÖVP) die Vorgeschichte der Bauringaffäre. Die Geschäfte des Baurings ab 1972 in Saudi - Arabien sind zunächst weder dem Gemeinderat noch dem Aufsichtsrat bekannt gewesen. Nur eine Handvoll Leute hat davon gewußt, und diese Leute haben in geradezu märchenhafter Weise mit dem Geld der Wiener Schmiergelder verteilt. Das ist bis heute nicht aufgeklärt. Anläßlich der Vorlage des Kontrollamtsberichtes an den Gemeinderat hat erstmals GR. Dr. Goller vor 34 Monaten die Öffentlichkeit auf den Bauring-Skandal aufmerksam gemacht und damit aus dem Wüstensand eine "tickende Bombe" freigelegt. Bürgermeister Gratz hat dazu 14 Tage später erklärt, das ist nichts anderes als ein Wahlkampfmanöver. Die ÖVP hat noch im Sommer 1973 den Bürgermeister aufgefordert, sofort das Kontrollamt mit der Überprüfung zu beauftragen. Gratz tat das nicht. Währenddessen wurden weitere Dutzende Millionen in die Geschäfte der Beficor und der Herren Martinuzzi etc. verpulvert. Deshalb muß man heute Bürgermeister Gratz vorwerfen, daß er an der Verschleppung des Skandals mitschuldig ist. Erst Monate nach der Aufforderung wurde das Kontrollamt eingeschaltet. Im Mai 1974 hat dann die ÖVP erstmals angeregt, den Bauring zu verkaufen. Die SPÖ wollte davon nichts wissen. Man entschloß sich, 550 Millionen in die Firma zu pumpen. Im Juli 1974 kam dann der Kontrollamtsbericht über die Zustände in Saudi-Arabien. In zwei weiteren Kontrollamtsberichten bis April 1975 wurden die Verluste der Beficor und die Rechnungen von Martinuzzi ersichtlich. Mehrmals hat die ÖVP mittels dringlicher Anfragen Gratz veranlassen wollen, klar Stellung zu nehmen. Die Antworten des Bürgermeisters haben aber nicht dazu beigetragen, Licht in das Dunkel zu bringen, noch notwendige Maßnahmen zur Folge gehabt, wie etwa die Abberufung des Aufsichtsratsvorsitzenden Suttner. Nach der Herauslösung des Montagebaubetriebs aus dem Bauring im Mai 1975 entschloß man sich endlich Ende des Jahres dazu, den Bauring zu verkaufen. Im Jänner begannen die Verhandlungen. Diese Bestrebungen wurden von Gruppierungen in der SPÖ nicht verstanden, oder nicht gern gesehen oder sogar sabotiert. Wenn Gratz nun in einem Interview erklärte, es sei nicht seine Aufgabe, 54.000 Gemeindebedienstete bzw. Dutzende Direktoren zu überwachen, so ist das sicher richtig. Es ist aber seine alleinige und direkte Verantwortung, einen derartigen Skandal

zu bereinigen. Die ÖVP will eine saubere Verwaltung. Sie ist überzeugt, daß sie es auch ist. Wenn es Ausnahmen gibt, hat der Bürgermeister rasch einzugreifen. Die ÖVP verlangt daher: Keinen Groschen mehr in das bankrotte Unternehmen, rascher Abschluß der Verkaufsverhandlungen, rasche Aufklärung der Verschuldensfrage, Abberufung von Suttner, Hofstetter und Machtl. Der Bauring ist ruiniert, schloß Hahn, es muß nun rasch zu Ende gehen. Nur mehr vernünftige privatwirtschaftliche Prinzipien können den Scherbenhaufen vielleicht etwas kitten. (smo)

Die Bauring-Verkaufsverhandlungen sind dilettantisch geführt worden, erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Während auf der einen Seite eine Gruppe wußte, was sie wollte, gab es auf Rathausseite eine Gruppe von Funktionären, die nicht wußte, was sie wollte. Die Folge ist, daß der Kaufwert sank. Nach den in Zeitungen im Laufe der Zeit aufgeschienenen Summen wurde der Bauring seit Anfang dieses Jahres täglich um eine Million billiger.

Bereits Anfang des Jahres schrieben Zeitungen, daß eine Lösung in Sicht wäre, so die Arbeiter-Zeitung und die Zeitung des Wirtschaftsbundes. Seither wurden die Verkaufspläne intern laufend torpediert, und man ist nun von einem Abschluß weit entfernt.

Es ist unzumutbar, daß der Steuerzahler nun wieder gerade stehen soll. Die FPÖ lehnt eine weitere Kapitalspritze aus Steuermitteln für den Bauring ab. Mit den im ÖVP-Antrag geforderten Maßnahmen geht die FPÖ konform. (sei)

Als nächster Debattenredner konterte GR. Rautner (SPÖ) den Skandal-Vorwurf bezüglich des Baurings mit den Skandalen der ÖVP und erwähnte die Namen Krauland, Zorko, Haselgruber und Strommer. Dann stellte er fest, es sei ein Verdienst des nun so geschmähten Baurings, daß Wien die erschwinglichsten Wohnungen von ganz Österreich aufweise. Nach einer Statistik aus dem Jahr 1974 beträgt der Aufwand je Quadratmeter Nutzfläche in Wien 15 S gegenüber einem österreichischen Mittelwert von 22 S; der höchste Wohnaufwand ist in Salzburg mit 32 S je Quadratmeter zu verzeichnen.

Der Redner warnte vor einer weiteren Verteufelungskampagne gegen den Bauring, die nur den Zweck habe, den Preis für das Unternehmen noch weiter zu drücken. Die Beschäftigten des Baurings

hätten jedoch ein Recht darauf, daß der Bauring nicht verschenkt werde, sie hätten ein Recht auf weiterhin sichere Arbeitsplätze.
(we)

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) nannte vier grundsätzliche Problemkreise, um die es der FPÖ in Sachen Bauring gehe:

1. Die Steuerzahler sollten so wenig wie möglich durch die Verluste des Baurings belastet werden.

2. Die Beschäftigten des Baurings sollen ihre Arbeitsplätze nicht verlieren.

3. Ähnliche Verluste wie in der Vergangenheit sollen in Zukunft vermieden werden. Als geeignetes Mittel erscheine der FPÖ der Verkauf des Unternehmens an die Privatwirtschaft. Die Äußerungen des Bauring-Aufsichtsratsvorsitzenden Suttner über die bevorstehende Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens seien im Hinblick auf die Verkaufsverhandlungen "unklug bis fahrlässig".

4. Alle Verantwortlichen sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Kriminelle Tatbestände müssen durch die Gerichte behandelt werden, die politisch Verantwortlichen sollen von ihren Positionen abberufen werden.

GR. Bauer meinte abschließend, daß eigentlich alle Fraktionen den dringlichen Anträgen der FPÖ und der ÖVP ihre Zustimmung geben müßten. (ger)

GR. Suttner (SPÖ) wandte sich gegen die ÖVP-Beschuldigung, die SPÖ würde ihre Gebärung mit Hilfe von dunklen Geldern machen. Er habe Klubobmann Hahn gebeten, die ÖVP solle alle eventuellen Unterlagen über Provisionszahlungen, die zurück nach Wien geflossen sind, zur Kenntnis und zu den Gerichten bringen. Bis zum heutigen Tag ist kein Funken eines Beweises aufgetaucht.

Präsident Hahn hat im ÖVP-Pressedienst erklärt, Schuld an Bürgschaftsübernahmen wären die ehemaligen Geschäftsführer des Baurings sowie sozialistische Ex-Spitzenfunktionäre. Er habe Hahn auch hier gebeten, nähere Erläuterungen zu geben. Hahn gab in seiner Antwort die Herren Martinuzzi und Laš an. Ihn, Suttner, führte Hahn nicht an. Ein Monat später war man offensichtlich anderer Meinung, denn am 30. Mai 1975 forderte die ÖVP die Abberufung Suttners.

Man behauptete, daß im Jahre 1971 nicht eine einzige Aufsichtsratssitzung stattgefunden hätte. Dagegen, so Suttner, fanden 1971 neun Sitzungen statt. Im Sommer 1975 hat die ÖVP in einem Flugblatt den Eindruck erweckt, Suttner hätte sich mutwillig oder absichtlich einer Zeugenschaft entzogen. Es handelte sich dabei um eine Verhandlung eines entlassenen Bauring-Direktors gegen den Bauring. Präsident Hahn mußte aber genau wissen, daß er und Suttner wenige Tage vorher gemeinsam über die Zusammensetzung einer Delegation des Wiener Gemeinderates zu den Vereinten Nationen gesprochen haben. Auf Grund dieser Besprechung sollten Hahn und Suttner an dieser Reise teilnehmen.

Im August 1975 schätzte die ÖVP den Wert der Umbauarbeiten in der "Suttner-Villa" auf eine Million und behauptete, Suttner hätte nicht einmal die Hälfte davon bezahlt. Eine Prüfung ergab, daß an dieser Behauptung kein Jota wahr ist. Die ÖVP entschuldigte sich aber nicht. Heute meint die ÖVP in einem Antrag, daß der Aufsichtsratsvorsitzende Suttner und Stellvertreter Hofstetter in Zukunft in Gewissenskonflikte kommen könnten und es wird die Abberufung verlangt.

Nach Suttner ist es unbestritten, daß der Aufsichtsrat ein Kollegialorgan ist. Die ÖVP sollte vor einem solchen Antrag doch die Geschäftsordnung des Baurings zur Hand nehmen und nachlesen, wann der Aufsichtsratsvorsitzende in Anspruch genommen wird. Er wird nur in dringenden Fällen kontaktiert. Suttner verstehe, daß in einem Strafverfahren Beschuldigte gegen ihn Vorwürfe erheben, nicht aber, wenn dies in gleicher Weise politische Mandatare machen, die verantwortungsvoll handeln müssen. Vollends verstehe er nicht, daß in diesem Zusammenhang auch sein Stellvertreter abberufen werden müsse, da dieser nur in Verhinderung des Vorsitzenden kontaktiert wird. Das war zweimal.

Sicherlich war sein Zeitungsinterview nicht der Regelfall. Er, Suttner, wollte dabei ausdrücken, daß für den Bauring bald eine Lösung gefunden werden müßte. Die ÖVP ist nicht an einer raschen Lösung interessiert, sondern an einer Verschleuderung. (sei)

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) wandte ein, daß GR. Suttner mit seiner Behauptung, daß die ÖVP in Sachen Bauring unglaubwürdig sei, die Flucht nach vorne angetreten habe. Wenn gesagt werde, in der Beficor-Affäre wäre kein Geld zurückgeflossen, müsse entgegnet werden, daß 45 Millionen S auf einer Wiener Bank liegen.

Seinen Vorwurf, GR. Suttner habe seine Pflichten als Aufsichtsratsvorsitzender verletzt, erhärtete Dr. Goller mit dem Kontrollamtsbericht, wonach 1973 lediglich eine Aufsichtsrats-sitzung stattgefunden habe; wenn es die Situation erfordert, hätten jedoch öfters Aufsichtsratssitzungen einberufen werden müssen.

Stadtrat Dr. Goller stellte abschließend fest, daß die politische Verantwortung der Bauring-Angelegenheit allein Sache der SFÖ sei. Hinsichtlich der kriminellen Aspekte hoffe man auf rasche Arbeit der Gerichte. Was die Sanierung des Baurings betreffe, dringe die ÖVP darauf, daß die Steuerzahler vor weiteren Verlusten verschont und daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben. (we.)

GR. Edlinger (SPÖ) erklärte, daß bei den Überlegungen über den Bauring die Sicherung der Arbeitsplätze stets Priorität gehabt hat. Eine Insolvenz oder Liquidation wurde ausgeschlossen. Der Bauring hat in Wien anerkannte Leistungen vollbracht und verfügt über einen hochqualifizierten Mitarbeiterstab. Es wurde daher die Möglichkeit der Weiterführung in Kooperation mit anderen Firmen gesucht. Wegen fehlender Unterlagen, waren bisher die Verhandlungen nicht einfach. Ende Mai wird jedoch die Bilanz 1975 vorliegen und somit werden klare Wertvorstellungen gegeben sein. Einen bedingungslosen Verkauf wird es aber nicht geben. Diesen Luxus könne man sich schon angesichts der moralischen Werte nicht leisten. Edlinger stellte dann fest, daß das Kontrollamt auf ausdrücklichen Wunsch des Bürgermeisters eingeschaltet wurde. Die einzige richtige Konsequenz war es auch, die Berichte der Staatsanwaltschaft zu übergeben, was zur Anklageerhebung im November 1975 führte. Später bekannt gewordene Fakten wurden ebenfalls sofort der Staatsanwaltschaft übermittelt. Behauptungen von Informanten, daß es weitere Unterlagen gäbe, haben sich nicht bewahrheitet. Edlinger erklärte dezidiert, daß der SPÖ in keiner Weise irgendwelche Bauringgelder zugeflossen sind. Was die Forderung nach Abberufung des Vorsitzenden und dessen ersten Stellvertreters im Aufsichtsrat anlangt, müßte man dann logischerweise auch den 2. Stellvertreter abberufen. ./.

GR. Dr. Habl (ÖVP) erklärte, daß im Aufsichtsrat sehr spät über die Bauring-Geschäfte gesprochen werden konnte, weil er vorher keine Kenntnisse davon hatte. Eindeutig konnte im Aufsichtsrat erst im März 1973 gesprochen werden. Die VP-Mitglieder haben damals bei der Abstimmung über den Geschäftsbericht nicht mitgestimmt und das war das eigentliche Alarmsignal. Dr. Habl konzediert, daß der Aufsichtsrat nur so viel wissen kann, als die Geschäftsführung ihm sagt, Außer Streit steht auch, daß der Bauring in Wien große Leistungen vollbracht hat. Es war aber nicht seine Aufgabe, im Ausland Geschäfte zu machen. Gerade damit wurden die Arbeitsplätze gefährdet.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) begrüßte die gründliche Besprechung der Bauring-Probleme auf Grund der beiden heutigen dringlichen Anträge. Wenn GR. Edlinger es aber so hinstellt, als sei die Initiative zur Aufklärung von der SPÖ ausgegangen, so sei das äußerst interessant. Der Gemeinderat wisse doch, daß am 5. Juli 1973 GR. Dr. Goller zum ersten Mal davon informiert hat. So müßte man fast annehmen, daß es Leute in der SP gegeben hat, die schon vorher etwas davon gewußt haben. Vom Sommer 1973 bis zum Frühjahr 1974 sind fast neun Monate bis zur Untersuchung vergangen. Wenn Gratz größtes Interesse an der Aufklärung hat, dann genügt es nicht, darauf zu warten, welche Unterlagen die Staatsanwaltschaft anfordert. Man müßte dann von sich aus alles übermitteln. Der Verbleib von 69 Millionen Provision ist nach wie vor unaufgeklärt. Was die Sicherung der Arbeitsplätze betrifft, so hat gerade das Vorpreschen Suttners wesentlich zur Verunsicherung der Leute beigetragen. Zörner verlangte abschließend die Zustimmung zu den gestellten Anträgen. Bei einer Ablehnung würde die volle und alleinige Verantwortung für alles, was im Bauringskandal noch geschieht, die SPÖ zu tragen haben. (smo.)

Gratz antwortet

"Es ist im Interesse der Sache wünschenswert, diesen Antrag nicht unerledigt im Raum stehen zu lassen", sagte Bürgermeister Gratz. "Ich entscheide daher sofort über die im dringenden Antrag enthaltenen vier Antragspunkte. Meine Entscheidung ist die folgende:

Zu Punkt 1 des Antrages:

Wie dem Gemeinderat bekannt ist, werden mit meinem Wissen und mit meiner Genehmigung Verhandlungen mit nichtkommunalen Unternehmungen geführt. Das Ziel ist allerdings nicht der Verkauf des Bauringes, sondern die Schaffung wirtschaftlich gesunder und lebensfähiger Unternehmungen, die sowohl der Wiener Wirtschaft dienen als auch den Beschäftigten Arbeit und Verdienst bieten können. Da ich die Gesamtinteressen der Stadt Wien zu vertreten habe, ist es mir nicht möglich, Detailinformationen über den Inhalt der Verhandlungen oder gar über mögliche Konditionen zu geben. Diese Bekanntgabe würde vielleicht den Interessen der Verhandlungspartner dienen, nicht aber dem wohlverstandenen Interesse der Stadt Wien. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Frage neuerlicher Kapitalzuschüsse an den Bauring zu betrachten.

Eine den Erfahrungen des wirtschaftlichen Alltages und den rechtlichen Verpflichtungen widerstreitende Betrachtungsweise, die mit den Interessen der Stadt Wien und denen der Beschäftigten des Bauringes nicht in Einklang zu bringen ist, muß ich ablehnen.

Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, daß ich einer Verschleuderung von Vermögenswerten der Stadt Wien ebensowenig zustimmen werde, wie einer Lösung, die die Arbeitsplätze im extremen Maß gefährden würde. Ich habe im Einvernehmen mit dem amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft allerdings den Verhandlungspartnern eine Entscheidungsfrist von vier Wochen angeboten, weil es nicht im Interesse der Stadt Wien ist, die Verhandlung so lange hinauszuziehen, daß dann Vermögen der Stadt Wien unter dem wahren Wert von anderen erworben werden könnte.

Wir bieten unsere Hand jeder fairen Lösung im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse, wir werden aber auch nicht unter dem Druck solcher Anträge wie dem vorliegenden kapitulieren oder Stadtvermögen verschleudern. Ich will persönlich hinzufügen: Es soll

nirgends der Eindruck entstehen oder der Glaube herrschen, die in der konkreten Situation notwendigen Verhandlungen seien der Beginn einer großen Entkommunalisierungswelle, in der von Gemeindefwohnungen bis zu gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen alles verkauft wird. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sollen allen Wienern dienen. Die Motive, die in Wien beginnend mit den Maßnahmen unter Bürgermeister Dr. Lueger zu einer Befreiung vieler Versorgungsbereiche vom privaten Gewinnstreben geführt haben, sind nach wie vor gültig.

Zu Punkt 2:

Nach meinen Informationen hat das Kontrollamt für die Abfassung seiner Berichte in sämtlichen relevanten Unterlagen und Informationen aus dem Bereich des Rathauses und des Bauringes Einsicht genommen. Der Kontrollamtsbericht und der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer Dkfm. Böck und Examina-Ges.mBH wurden von mir der Staatsanwaltschaft übermittelt. Wenn die Staatsanwaltschaft für Zwecke einer Ermittlung weitere Unterlagen benötigt, werden ihr diese selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Wenn die Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Nachforschung über Sachverhalte oder auch über weitere Unterlagen Gemeindebedienstete als Zeugen einvernimmt, so werde ich in jedem Fall die Befreiung von der Amtsverschwiegenheit anordnen. Ich hoffe, daß die Staatsanwaltschaft bzw. der Untersuchungsrichter zum Zwecke der diesen Instanzen auferlegten amtswegigen Wahrheitsfindung auch jene privaten Personen einvernimmt, beziehungsweise deren Unterlagen abfordert, die in Publikationen behaupten, solche Unterlagen zu besitzen.

Im übrigen muß es für ein zweckdienliches Behördenverfahren der Staatsanwaltschaft überlassen bleiben, welche Unterlagen und Informationen sie für die Strafverfolgung gegen bestimmte Personen als erheblich erachtet.

Zu Punkt 3 und 4:

Ich werde die Gemeinderäte Reinhold Suttner und Walter Hofstetter nicht aus dem Aufsichtsrat des Bauringes abberufen. Ich werde Dr. Josef Machtl von seiner Funktion als Vorstandsdirektor der Holding nicht abberufen. In der Begründung der beiden Anträge wird auf belastende Aussagen gegen die genannten Funktionäre verwiesen.

Es widerspricht den Grundsätzen des Rechtsstaates, aufgrund unbewiesener Aussagen Dritter Maßnahmen gegen Personen zu treffen. Der Wiener Gemeinderat ist weder Gerichtshof noch Tribunal. Ich persönlich bin kein Anhänger einer Rechtsordnung, in der es politische Tribunale ohne Verteidigung und Verurteilung ohne Beweise gibt. Abschließend möchte ich wiederholen, was ich in Beantwortung eines dringlichen Antrages am 21. November des Vorjahres gesagt habe; **im Rechtsstaat steht niemand über dem Gesetz, es ist auch niemand vogelfrei.**"

Ende der Sitzung

Abschließend ging der Bürgermeister auf einige Punkte der Bauring-Debatte ein und sagte, er respektiere zwar die Meinung des Präsidenten Hahn, brauche aber nicht seine Aufforderung, um für Sauberkeit in der Verwaltung Wiens zu sorgen.

Auch in Zukunft werde es keine Frage des Staatsanwaltes oder des Gerichts sein, einen Gemeindebetrieb zu sanieren - das sei Sache des Krisenmanagements. Wenn bei Privatbetrieben, die durch Fehlentscheidungen des Managements in Schwierigkeiten gekommen sind, mit dem Einsatz öffentlicher Mittel geholfen werde, dann applaudiere die gesamte Öffentlichkeit. Anders, wenn es sich um einen Gemeindebetrieb handelt: Wenn wir uns um eine Sanierung und wirtschaftliche Sicherung bemühen, dann unternimmt eine Fraktion des Gemeinderates das Gegenteil. (we.)

(Ende des Sitzungsberichtes)

30. april 1976

''rathaus-korrespondenz''

blatt 895

k o m m u n a l :

=====

gratz gegen die untergangspropheten

22 wien, 30.4. (rk) buergermeister leopold g r a t z skizzierte in seiner rundfunksendung am 1. mai die soziale und politische entwicklung seit dem jahre 1890, als zum ersten mal die arbeiter den 1. mai feierten, und sagte dann: ''die grossen sozialen und politischen fortschritte, die das leben der menschen so entscheidend und grundlegend verbessert haben, waren nur im zusammenhang mit der technischen und wirtschaftlichen entwicklung moeglich. ich moechte diese feststellung vor allem jenen entgegenhalten, die heute den kommenden weltuntergang predigen und eine beschraenkung des wirtschaftlichen wachstums verlangen. wuerde man auf diese untergangspropheten hoeren, dann muesste man den lebensstandard der menschen senken. wir haben allen grund, den schwarzmalern mit optimismus entgegenzutreten: wir werden auch die kommenden probleme loesen, wir werden die fortsetzung des sozialen und wirtschaftlichen aufstiegs sichern''.

gerade jetzt bestehe aller grund fuer diesen optimismus, weil es gelungen sei, die auswirkungen der internationalen wirtschaftlichen entwicklung von oesterreich weitgehend fernzuhalten. in wien sei die lage noch besser gewesen als im uebrigen oesterreich, weil wien als einziges bundesland immer mehr offene stellen als arbeitsplatzsuchende ausweisen konnte. hier habe sich der gleichklang der wirtschaftspolitik der bundesregierung und der stadt wien positiv ausgewirkt.

wenn man die entwicklung der vergangenen jahrzehnte ueberdenke, schloss gratz, duerfe man nicht vergessen, den aelteren generationen zu danken, die all das erarbeitet und erkaempft haben, was wir heute geniessen - die freiheit, den steigenden wohlstand, die soziale sicherheit und den berechtigten optimismus fuer die zukunft. (sti)

1713